

Die „Arbeit“ erscheint wöchentlich am Samstag und Sonntag nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10,- M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 18,- M., für das übrige Ausland 24,50 M., postfrei. Balkan-Russland, per Brief für Deutschland und Österreich 26,- M., Werkzeughändler, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die abgesetzten: Konpartikelle über deren Raum kostet 2,- M., einschließlich Transportgebühren. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportgebühren. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familienanzeigen und Stellenbesuche 3,20 M., netto pro Zeile. Stellenbesuche in West-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Die Arbeit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Besetzung des Ruhrgebiets

Die Politik der starken Faust

Frankreichs militärische Vorbereitungen

Paris, 8. April.

Vertinax bespricht im „Echo de Paris“ die augenblickliche Lage. Er weist auf den 1. Mai hin und darauf, daß am 12. April die Reparationskommission die Diskussion beenden werde, die augenblicklich im Gange sei, dann werde Festsetzung der Kriegsschäden beginnen. In dieser Periode werde die Gesamtsumme der finanziellen Verpflichtungen Deutschlands sowie die Einzelheiten über die bis jetzt von Deutschland geleisteten Zahlungen festgesetzt werden. Er glaube, daß Deutschland neue Vorschläge machen werde. Es werde sich um die Vermittlerrolle Amerikas bemühen.

Die französische Regierung zögert nicht, den Druck von England und Amerika den Rücken zu erwarten. Aber zwischen dem Minimum der Forderungen Frankreichs und dem was Deutschland in seiner augenblicklichen Gemütsverfassung zu zahlen bereit sei, liegt ein Abgrund, den Vertinax für unüberbrückbar hält. Aus diesem Grunde habe Ministerpräsident Briand klar und deutlich eine Politik der Aktion angekündigt. Sie bestehe nach Vertinax in der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes. Den alten Pfändern werde man neue Pfänder hinzufügen, die Deutschlands wirtschaftliche Unabhängigkeit zerstören würden. Die Aufmerksamkeit der französischen Regierung konzentrierte sich in diesem Augenblick auf die militärischen und wirtschaftlichen Vorbereitungen, die im Sommer dieses Jahres unternehmen würden.

„Welt Parisien“, offenbar aus der gleichen Quelle inspiriert, meint, es sei vorzuziehen, daß die hauptsächlichsten Maßnahmen, die Frankreich seinen Alliierten vorschlagen werde, dieselben seien, deren militärische Vorbereitungen schon beendet sind, die würden in der Besetzung des industriellen Ruhrgebietes bestehen.

Gegen Ende der Donnerstagssitzung des Senates sagte Kriegsminister Barthou, wenn das besetzte Deutschland den Frieden nicht sicherstellen wolle, werde es fühlen, daß Frankreich die Macht habe. Er habe die gesetzliche Ober, wenn es nötig wäre, die Hand zu führen, die Deutschland nach dem Wort des Ministerpräsidenten am Kragen lassen werde. Aber er habe alle Aktionsmittel in der Hand. Schließlich behauptete der Kriegsminister aus den Berichten des Generals Koller gehe hervor, daß Deutschland eine Politik des Widerstandes und des schlechten Willens verfolge.

Der Streik in England

Vor der Entscheidung

Die nächsten Tage werden darüber entscheiden, ob in England eine Aflandbewegung der Arbeiterklasse ausbrechen soll, oder ob es möglich sein wird, Regierung und Gewerkschaften im letzten Augenblick zu Verhandlungen und Zugeständnissen an die Bergleute zu zwingen. Unter dem Druck der Streikdrohung des Dreibundes hat die Regierung die Anregung zu Verhandlungen gegeben. Die Unternehmer aber haben ihren Einfluß benützt, um die Regierung zur Aufstellung von Bedingungen zu veranlassen, von deren Erfüllung durch die Arbeiter der Beginn der Verhandlungen abhängig sein sollte. Dazu gehörte vor allem die Aufnahme der Pumparbeiten in den Gruben.

Die Bergleute haben das abgelehnt. Sie bedenkten sich dieser scharfen Kampfmethoden, um in der äußerst schweren Situation sofort alle Machtmittel der Arbeiter einzusetzen. Nur so glauben sie die Bourgeoisie zum Einlenken zwingen zu können. Was sich in England gegenwärtig abspielt, ist eine Machtprobe zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Unternehmertum und Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um der Arbeiterklasse einen Schlag zu versetzen, sie zurückweisen zu können in die Schranken, die die kapitalistische Ordnung ihr ziehen will. Das heißt: das Unternehmertum will den Beginn des Lohnabbaues und der Wiederehr der Souveränität des Unternehmertums in den Fragen des Arbeitsvertrages, die Regierung möchte der Arbeiterbewegung noch vor den Unterhauswahlen eine Niederlage bereiten, da sie einen entscheidenden Erfolg der Arbeiterpartei bei den Wahlen fürchtet.

In dieser Lage haben die Bergarbeiter, durch die Aufhebung der Staatskontrolle zum Kampfe gedrängt, die ganze bürgerliche Front mit allen Machtmitteln der Staatsgewalt gegen sich. Die Regierung machte sofort gegen die Arbeiterklasse mobil, und darum haben sich auch die Arbeiter zur Anwendung der härtesten Kampfmittel entschlossen. Diese Position geben sie nicht auf, um zu Verhandlungen zu kommen, sondern sie bemühen sie vielmehr, um günstige Zugeständnisse für die Arbeiterklasse zu erzielen.

Diese Taktik findet, nach der Haltung der Eisenbahner und Transportarbeiter zu urteilen, auch die Zustimmung des Dreibundes. Thomas, der Führer der Eisenbahner, hat von neuem erklärt, daß die Bergleute im Recht seien, wenn sie die ihnen gestellten Bedingungen ablehnen, weil sie diese als solche empfinden, die nur den Anfang eines allgemeinen Anschlages auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse

darstellen, und wenn sie erstreben, die Lebenshaltung, wie sie vor dem Kriege gewesen ist, wieder herbeizuführen. Die Eisenbahner werden morgen mit den Transportarbeitern in Verbindung treten, so daß außerordentlich weitgehende Schritte möglich sind, um den Bergarbeitern beizustehen.

Diese Aeußerung des Eisenbahnführers enthält noch einmal den Kern der ganzen Bewegung. So wird der gegenwärtige große Kampf von der gesamten englischen Arbeiterklasse beurteilt, und daraus erklärt es sich, daß die Bergarbeiter, die in der vordersten Linie stehen, mit der solidarischen Unterstützung aller Gewerkschaften rechnen können.

Damit bekommt die Bewegung in England aber auch Bedeutung für die internationale Arbeiterklasse. Gelingt es den bürgerlichen Klassen in England, die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein dem Unternehmertum genehmes Niveau herabzudrücken und ihre Organisationen niederzuwerfen, dann wird das von der Bourgeoisie des Festlandes und besonders Deutschlands als Signal zu gleichem Vorgehen betrachtet werden. Schon jetzt spiegelt sich die Solidarität der deutschen Bourgeoisie mit der englischen Kapitalistenklasse in den Spalten der deutschen bürgerlichen Presse deutlich genug.

London, 7. April.

Den Mitternatsfolge ist ein gemeinsamer Streik der Eisenbahner und der Transportarbeiter zur Unterstützung der Bergleute höchst wahrscheinlich. Die Transportarbeiter beschloßen, einen Proteststreik dafür zu unternehmen, daß wenn der Arbeiterverband den Befehl zu einem gemeinsamen Streik gibt, Vorbereitungen für jede Streikmöglichkeit getroffen werden.

Den letzten Berichten zufolge verlagte sich die Versammlung der Eisenbahnervertreter auf morgen, da die Transportarbeiter nicht in der Lage waren, heute abend mit den Eisenbahnern zusammenzutreffen.

Die gescheiterten Verhandlungen im Unterhause

GE. London, 8. April.

Ueber das Scheitern der Verhandlungen mit den Bergarbeitern machte Lloyd George im Unterhause ausführliche Mitteilungen. Er sagte: „Heute morgen habe ich der Gewerkschaft der Bergarbeiter dargelegt, daß die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Grubenbesitzern unmöglich sei, solange die Bergwerke vor dem Erlösen nicht geschützt werden. Es muß alles geschehen, damit die Gruben betriebsfähig sind, wenn die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. In meinem Bedauern muß ich dem Hause mitteilen, daß hierzu nicht die Zustimmung der Gewerkschaft zu erlangen war. Man erklärte mir, daß den Bedienungsmannschaften an den Pumpen nicht gestattet werden könne, die Arbeit fortzusetzen, weil man dadurch auf die einzige Waffe verzichten würde, durch die man die Regierung und die Grubenbesitzer rasch zur Nachgiebigkeit zwingen könnte. Die Bedingungen der Regierung erschienen den Bergarbeitern unannehmbar und sie bestanden auf der Annahme von zwei Punkten, die den eigentlichen Verhandlungen vorausgehen mußten. Nämlich:

1. Festsetzung allgemeiner Lohnsätze für das ganze Land und Schaffung eines gemeinsamen Fonds aus den Gewinnen der Unternehmer.

2. Ich bezeichnete diese Forderung als ein Ultimatum an die Regierung, die sich weigert, die Staatskontrolle aufrechtzuerhalten und weitere Unterstützungsgelder für die Kohlenbergwerke zu bezahlen. Damit ist ein weiteres Verhandeln unmöglich geworden. Ich hoffe unter den gegenwärtigen Umständen auf die Hilfe des größeren Teiles des englischen Volkes rechnen zu können.“

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten sprach Henderson. Er sagte, daß er eine Zusammenkunft mit Frank Scott (dem Führer der Unternehmer) hatte und von diesem ermächtigt worden sei, zu erklären, daß die Bergarbeiter gewillt seien, die Verhandlungen ohne die vorherige Annahme der vom Ministerpräsidenten bekanntgegebenen zwei Punkte wieder aufzunehmen. Dagegen seien die Bergarbeiter nicht in der Lage, die Arbeit an den Pumpen und Maschinen wieder aufzunehmen, ehe die Verhandlungen wieder eröffnet worden seien. Auch die übrigen Redner der Arbeiterpartei erklärten, zu diesem Punkte keine andere Zustimmung geben zu können.

Lord Robert Cecil und Asquith forderten dann die Bergarbeiter auf, in neue Verhandlungen einzutreten. Sir Robert Forne betonte den lebhaftesten Wunsch der Regierung, den Konflikt zu einer friedlichen Lösung zu bringen. Er legte den Arbeiterführern Clones, Henderson und Thomas nahe, ihren ganzen Einfluß bei der Gewerkschaft dahin einzusetzen, daß der Streik der Bergwerke sichergestellt werde. Thomas forderte die Regierung auf, nicht zu vergessen, welche Verantwortlichkeit sie selbst an dem Ausgang dieser Besprechungen trage.

Während der Nachmittags- und Abendstunden ging es in den Wandelgängen des Parlaments sehr lebhaft zu. Die Arbeiterführer erklärten, wenn nicht bis morgen Mittag die Lage sich geändert habe, sei ein Generalkreik unvermeidlich.

Genl Karolai in Südslowenien. Der ehemalige ungarische Ministerpräsident Genl Karolai, der von dem Horthy-Regime verfolgt wird und dem Italien, die Schweiz, die Tschechoslowakei und andere Länder den Aufenthalt verweigern, hat von der slowenischen Regierung die Gelobnis erhalten, sich in Jozsa (Südslowenien) niederzulassen.

Die internationale sozialistische Konferenz in Amsterdam

Von Georg Ledebour

Vom 1. bis 4. April tagte in Amsterdam eine Konferenz von Vertretern der Sozialistischen Partei Frankreichs, der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, denen die Aufgabe gestellt war, die Reparationsfrage vom internationalen sozialistischen Standpunkt aus zu überprüfen und eine gemeinsame Kundgebung der drei Parteien vorzubereiten. Auf der Rückreise aus England, wo ich in Southport die U. S. P. D. bei dem Jahrestag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands vertreten hatte, nahm ich zusammen mit dem Genossen Dijnan als Vertreter unserer Partei auch an den Amsterdamer Besprechungen teil.

Nach meiner Rückkehr habe ich aus der gegnerischen, insbesondere der rechtssozialistischen Presse ersehen, welche eine Fülle von Wahrheitswidrigkeiten wieder einmal in die Öffentlichkeit hinausgeschleudert wird zu dem Zweck, unsere Partei und unser Verhalten auf jener Konferenz zu diskreditieren. Das macht es notwendig, der Veröffentlichung des in Amsterdam von uns einmütig beschlossenen Manifestes eine genaue Darstellung der Vorgeschichte dieser Konferenz und der Vorverhandlungen in Amsterdam selbst voranzuschicken. Vor allem muß die im „Vorwärts“ ausgebrütete Lüge aus der Welt geschafft werden, als ob unsere Partei, erst angeregt durch das Vorgehen anderer Richtungen, sich in eigenstüniger Eigenbrödelei nachträglich isoliert an die Beratung der Reparationsfrage herangemacht habe.

Die Anregung zu einer solchen Konferenz über die Reparationsfrage ging von unserer französischen Bruderpartei aus. Auf Grund eines bereits auf der französischen Parteikonferenz gefaßten Beschlusses machten ihre Vertreter auf der Konferenz in Wien (22. bis 27. Februar 1921) den Vorschlag, eine Sonderbesprechung der der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen drei Parteien Frankreichs, Englands und Deutschlands in nächster Zeit zusammenzutreten zu lassen. Die Konferenz stimmte dieser Anregung zu, durch die folgenden in der Resolution über Imperialismus und soziale Revolution enthaltenen Sätze:

„Desgleichen nimmt sie den Vorschlag der französischen Parteien zur Kenntnis, zum Zwecke der gründlicheren Prüfung der Frage der Wiedergutmachung eine gemeinsame Besprechung der drei Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs abzuhalten. Sie betrachtet als unerlässliche Bedingung der Wiedergutmachung die Internationalisierung der Kriegsschulden und die Verpflichtung der vom Kriege weniger heimgegriffenen oder von ihm verschont gebliebenen Länder, ihre Hilfsquellen den verarmten oder verwüsteten Ländern zum Wiederaufbau ihrer Produktiv- und Konsumkräfte zur Verfügung zu stellen.“

Aus diesen Beschlüssen geht klar hervor, daß die drei genannten Parteien die Zustimmung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft für die ganz genau umschriebene Aufgabe der Ausarbeitung eines Planes zur Lösung der Reparationsfrage erhalten hatten. Es war ihnen auch der Gedanke der möglichststen Internationalisierung der Wiedergutmachung auf den Weg gegeben. Das Weitere blieb den drei Parteien überlassen.

Es ist aber ferner hervorzuheben, daß ein anderer Beschluß der Arbeitsgemeinschaft den angeschlossenen Parteien einschärft, sich der Anknüpfung von Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen sozialistischer Parteien zu enthalten.

§ 8 der Statuten lautet nämlich:

Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft sind für alle ihre Mitglieder verbindlich, insbesondere verpflichten sich die der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien, einzeln keinerlei Anknüpfungsverhandlungen mit andern internationalen Organisationen zu führen und im übrigen ihre internationale Politik gemeinschaftlich zu bestimmen.

Wenn demgemäß niemand von uns daran denken konnte, bei dieser Gelegenheit die drei genannten Parteien in eine gemeinsame Konferenz mit der sogenannten zweiten oder der sogenannten dritten Internationalen hineinzulassen, so war doch allseitig bei diesen Vorbesprechungen betont, daß es wünschenswert sei, zu einer Verständigung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in der Reparationsfrage zu kommen.

Da der Sekretär dieses Bundes, der Genosse Jimmen, in Wien einige Tage als Zuhörer unseren Verhandlungen bewohnte, nahm einer unserer Genossen Gelegenheit, mit ihm über die Möglichkeit eines Zusammengehens der Arbeitsgemeinschaftsparteien mit dem Gewerkschaftsbund zu sprechen. Jimmen erklärte, daß für die Internationalisierung der Reparationsfrage durch den Gewerkschaftsbund wenig Aussicht sei. Es muß das deshalb hervorgehoben werden, da aus Jimmens Aeußerung klar hervorgeht, daß nicht etwa, wie jetzt nachträglich im „Vorwärts“ behauptet wird, der Gewerkschaftsbund die Initiative zum Eingreifen der Arbeiterbewegung in die Reparationsfrage ergriffen hat.

Einige Tage nach unserer Rückreise aus Wien kamen nun die französischen Genossen Renaudel und Grumbach, die einen Abstecher nach Prag gemacht hatten, auf der Heim-

reise nach Berlin. In Verhandlungen mit dem Zentralkomitee unserer Partei wurde vereinbart, daß die französischen Genossen als Urheber der Konferenzidee auch die weiteren Vorkehrungen übernehmen sollten. Es sollte der Versuch gemacht werden, eine gemeinsame Besprechung der drei Parteien mit dem Gewerkschaftsbund, womöglichst in Amsterdam, vom 1. bis 3. April herbeizuführen.

Kenaudel und Grumbach hatten, wie einige unserer deutschen Genossen, dann auch mit den gleichfalls in Berlin anwesenden Vertretern des Gewerkschaftsbundes, dem Sekretär Fimmen und dem französischen Gewerkschaftsführer Jouhaux im Reichstag eine Aussprache. Um diese Zeit hatten Fimmen und Jouhaux sich bereits mit dem Gedanken eines Eingreifens der Gewerkschaften in die Reparationsfrage vertraut gemacht, erklärten sich aber außerstande, ihrerseits eine gemeinsame Konferenz mit den drei Parteien zuzulassen. Das blieb weiteren Verhandlungen vorbehalten.

Einige Zeit darauf erhielten wir nun einen vom 18. März datierten Brief vom Sekretariat der französischen Partei, in dem es heißt:

„Die neuerliche Stellungnahme der Gewerkschaftsorganisationen hat natürlich die Dispositionen ein wenig modifiziert, über die wir uns verständigt hatten. Es scheint in der Tat nicht möglich, eine Zusammenkunft zu vereinbaren, die gleichzeitig die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen vereinigen würde.“

Nachdemstoweniger denken wir, daß ein gewisser Parallelismus der Aktion (den wir übrigens bereits bei unserer Unterbrechung in Aussicht genommen hatten) erreicht werden kann. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in der Tat soeben beschlossen, daß die an dem Problem interessierten Organisationen sich in Amsterdam am 31. März zusammenfinden sollten. Dieses Datum stimmt nahezu überein mit demjenigen des 1., 2. und 3. April, das wir selbst in Aussicht genommen hatten.

Wir laden Euch deshalb ein, Euch bereit zu halten, Eure Delegation nach Amsterdam zu der angegebenen Zeit zu schicken. Unsererseits bereiten wir ein Memorandum vor, das als Grundlage für die Diskussion dienen kann. Wir bleiben in Verbindung mit unserem Allgemeinen Arbeitsbund (so heißt die französische Gewerkschaftsorganisation) und werden gemeinsam mit ihm prüfen, was geschehen kann, um gleichermaßen in Verbindung zu stehen mit den internationalen Gewerkschaften.“

Auf diese Einladung hin beschloß das Zentralkomitee unserer Partei, sofort drei Genossen zum 1. April nach Amsterdam zu entsenden, und zwar die Genossen Dikman, Hilferding und Ledebour. Hilferding hat sich allerdings leider nicht rechtzeitig einen Paß für Holland beschaffen können. Am 31. März konnten wir unsere Konferenz gar nicht in Amsterdam zusammenzutreten lassen, da die englischen Genossen ihren Parteikongreß in Southampton bis zum 29. März einschließlich angelegt hatten, und weder sie noch ich von dort aus rechtzeitig für Verhandlungen am 31. März in Amsterdam uns hätten einfinden können.

Am folgenden Tage waren wir sehr überrascht, im „Vorwärts“ zu lesen, daß die von Paris aus als Internationale Gewerkschaftskonferenz angekündigte Zusammenkunft am 31. März als eine gemeinsame Konferenz der 2. Internationale mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund ausgegeben wurde. Der Gewerkschaftsbund hat sich nachträglich gegen diese irreführende Darstellung des rechtssozialistischen Blattes ausführlich verwahrt. Tatsächlich waren, wie auch vom Parteivorstand unserer englischen Genossen in Southampton nachher festgestellt wurde, gleichzeitig drei selbständige Konferenzen nach Amsterdam zusammenberufen. Dieses Zusammentreffen ist indes kein Zufall, denn durch die Besprechungen in Berlin am 5. März waren sowohl die Leiter des Gewerkschaftsbundes, wie die deutschen Rechtssozialisten, die der sogenannten 2. Internationale angegliedert sind, vollkommen über unsere Absichten unterrichtet, uns am 1. April mit unseren englischen und französischen Freunden in Amsterdam zusammenzufinden. Da hatten sie es nun für ratsam befunden, die Leiter der Gewerkschaftsinternationale sowohl, wie die der 2. Internationale, ausgerechnet einen Tag vor unserer Zusammenkunft selber in Amsterdam Zusammentünfte über dieselbe Frage zu veranstalten, trotzdem sie, oder vielmehr wohl gerade weil sie wußten, daß wir unsererseits des unmittelbar vorangehenden Kongresses unserer englischen Freunde wegen unmöglich am 31. März bereits in Amsterdam unsere Beratungen hätten beginnen können.

Es liegt mir fern, den Organisationsleitern jener beiden Gruppen einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie nach der bei Weltrennen üblichen Methode sich bemüht haben, uns mit ihren konkurrierenden Veranstaltungen um eine Nasenlänge zuvorkommen. Sie müßten selbst wissen, was für taktische Manöver sie im Interesse ihrer Sache glauben anwenden zu dürfen. Es ist aber doch wirklich wieder einmal ein Beweis strupelroher Demagogie, wenn in den Verleumdungsartikeln des „Vorwärts“ den Parteien der Arbeitgemeinschaft der Vorwurf gemacht wird, daß sie in Nachbesserung des von der 2. Internationale gegebenen Vorbildes sich auch zur Veranstaltung einer Konferenz in Amsterdam herangebracht hätten, aber, wie dann höhnend bemerkt wird, zu spät gekommen seien.

Die peinlichen Eindrücke, die diese Vorgeschichte der drei gleichzeitigen Konferenzen bei uns hinterlassen mußte, haben uns, Franzosen, Engländer und Deutsche, nicht abgehalten, sofort nach unserer Ankunft in Amsterdam im Interesse der Sache, um die es sich handelt, Schritte zu einer Verständigung mit der Gewerkschaftsinternationale zu tun. Nach langwierigen Vorverhandlungen wurde dann auch eine Besprechung zwischen uns und dem Bureau der Gewerkschaftsinternationale in deren Geschäftsräumen zustande gebracht. Die Verhandlungen wurden damit eingeleitet, daß der Engländer Thomas, der den Vorsitz führte, uns erklärte, seine Organisation könne nicht allein mit uns verhandeln, sie sei aber bereit, als Vermittler zwischen uns und der 2. Internationale eine gemeinsame Besprechung der drei Organisationsgruppen zu veranstalten. Ich erwiderte ihm, daß er von einer ganz falschen Voraussetzung ausgehe, wenn er meine, es könne sich hier um eine Zusammenkunft zwischen uns und der 2. Internationale handeln; wir seien nur nach Amsterdam gekommen, um zu der Reparationsfrage Stellung zu nehmen, wobei uns die Mitwirkung der Gewerkschaftsinternationale durchaus willkommen sein würde. Mit der 2. Internationale zu verhandeln, dazu seien wir weder von der Internationalen Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien beauftragt, noch würde unserer Auffassung nach die Sache dadurch gefördert, sondern nur neue Verwirrung gestiftet werden. In gleichem Sinne sprachen sich andere Genossen aus. Da wir also auf die gemeinschaftliche Beratung mit der 2. Internationale uns nicht einlassen konnten, die Gewerkschaftler aber nicht mit uns allein verhandeln wollten, mußte die Besprechung schließlich abgebrochen werden. Es wurde aber wenigstens auf die von Jouhaux unterstützte Anregung Dikmans hin der Austausch der beiderseitigen Beschlüsse zwischen uns und den Gewerkschaftlern vereinbart. Das Manifest, das wir nach vierstündiger Arbeit einstimmig beschlossen haben, wird am 9. April in den drei Ländern veröffentlicht werden. Die internationale Arbeiterschaft wird sich dann selbst ein Urteil darüber bilden können, ob wir unserem Auftrage gerecht geworden sind.

Ein neuer Vorstoß gegen Groß-Berlin

Je mehr es gelohnt, die Schwierigkeiten des neuen Berlin zu überwinden, desto schärfer wird die Egoerziehung jener Kreise, die dadurch in ihren materiellen Interessen sich geschädigt glauben. Von den weltlichen Vororten, die nun endlich zu den großen Kosten des Wirtschaftsbezirks Berlin herangezogen werden sollen, dem sie ihre Blüte verdanken, geht eine Bewegung aus, die eine Veränderung des Gesichtes über die Einheitsgemeinde bezweckt. Die deutschen nationalen Abgeordneten im Landtage haben sich zum Träger dieser Bestrebungen gemacht und folgenden Antrag eingereicht:

Der Preussische Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu beauftragen, dem Landtage unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den den unehaltbaren Zuständen in der neuen Stadtgemeinde Berlin abgeholfen und den in den Verwaltungsbezirken vereinigten Gemeinden eine wirkliche Selbständigkeit durch Beschränkung der Zentralgewalt gegeben wird und hierbei auch zu prüfen, inwieweit der räumliche Umfang der neuen Stadtgemeinde Berlin zu beschränken ist.“

Bei den Beratungen im Landtage werden die Antragsteller zu beweisen haben, wo „unehaltbare Zustände“ in der neuen Stadtgemeinde bestehen. Wirkliche Mißstände sind nämlich bis-

her gerade durch die sozialistischen Parteien gegen den Widerstand der deutschnationalen beiseite geworfen worden, deren Schmerz wir nachempfinden können, daß ihnen dadurch bestes Agitationsmaterial entzogen ist. Daß das neue Berlin nicht imstande sein würde, die jahrzehntelang begangenen Fehler und Mißstände mit einem Schlage zu beseitigen, dürfte jedermann einleuchtend sein.

In Wahrheit handelt es sich auch nicht um die Beseitigung von Mißständen, sondern darum, daß die reichen Bewohner der weltlichen Vororte sich weiterhin, wie das jahrzehntelang der Fall gewesen ist, besonders von den Steuerlasten drücken wollen. Deshalb ihr Schrei nach „Selbständigkeit“ und „Beschränkung der Zentralgewalt“.

Regierungsbildung in Mecklenburg

Aus Mecklenburg wird uns geschrieben:

Am 7. April ist der neugewählte Landtag für Mecklenburg-Schwerin zu seiner ersten Tagung zusammengetreten. Damit ist die Reubelegung der Regierung in greifbare Nähe gerückt. Der Wahlausfall vom 13. März zeitigte eine kleine bürgerliche Mehrheit, bestehend aus deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftlicher Vereinigung und Vorläubigern. Hinzu kommen noch drei Vertreter der Deutschen demokratischen Partei, so daß alle bürgerlichen Parteien zusammen 36 Abgeordnete zählen. Dem stehen 28 Abgeordnete der Rechtssozialisten und 3 Kommunisten gegenüber. Da die Demokraten ihren alten Standpunkt verzeihen, einer Minderheitsregierung, nur aus Demokraten und Rechtssozialisten bestehend, nicht beitreten zu können, so ergeben sich zwei Möglichkeiten zur Regierungsbildung, einmal eine rein bürgerliche Regierung einschließlich der Demokraten und zum zweiten, Bildung einer Koalition aus Rechtssozialisten, Demokraten und Deutsche Volkspartei. Die drei Kommunisten scheiden auf Grund ihrer bekannten Haltung überhaupt in dieser Frage aus. Somit stehen, wie in Preußen, auch in Mecklenburg die Rechtssozialisten vor der Frage eines Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei.

Gleich nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses wurde in den örtlichen Organisationen der mecklenburgischen Rechtssozialisten diese Frage lebhaft diskutiert. Die Ortsgruppen Krosow, Wismar und Waren lehten grundsätzlich ein Zusammengehen mit der Volkspartei ab. Schwerin, unter Führung von Koltmann, sprach sich für die Koalition unter Einschluß der Stinnes-Partei aus. Auf der rechtssozialistischen Landeskonferenz, die am 3. April in Schwerin stattfand, und in der es zu heftigen Auseinandersetzungen kam, wurde ein Antrag der Bezirksleitung mit großer Mehrheit angenommen, der besagt, die sozialdemokratische Fraktion soll sich an der Regierungsbildung beteiligen unter Zugrundelegung der bekannten Bedingungen: Sicherung der Republik, Demokratisierung der Verwaltung, Durchführung der Trennung von Kirche und Staat, Durchführung der Einheitschule u. a.

Diese Forderungen sind ihrer ganzen Natur nach nur an die Adresse der Deutschen Volkspartei gerichtet. Es ist bis jetzt nicht bekannt, ob die Deutsche Volkspartei auch dieses Anerbieten so spröde zurückgewiesen hat wie in Preußen. Den mecklenburgischen Rechtssozialisten um Stellung und Koltmann wäre das zumindest peinlich, denn ihnen ist das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei immer noch lieber, als der Verzicht auf den Regierungssessel.

Am gestrigen Donnerstag hat die erste Sitzung des neugewählten Landtages stattgefunden. Zunächst führte die Abg. Gräfin Bernstorff als Alterspräsident den Vorsitz. Von den 67 Abgeordneten waren 66 zugegen. Die Wahl des Präsidenten ergab die Wiederwahl des Abg. Köhler (Soz.) mit 64 Stimmen. Drei Zettel waren unbeschriftet. Zu stellvertretenden Värsidenten wurden gewählt die Abgg. Burckhardt (Dignat.) und Erythropel (D. Sp.). Die nächste Sitzung findet heute nachmittags statt mit der Tagesordnung: Kommissionswahlen und Wahl des Ministerpräsidenten.

Allgemeiner Arbeiterkongreß in Petersburg. Nach Meldungen aus Moskau hat die Sowjetregierung beschloßen, nach Petersburg einen allgemeinen Arbeiterkongreß einzuberufen. Es wird mit dem Kongreß bezweckt, alle Arbeiter zu vereinigen, auch die keiner Partei angehören.

Das dichtende Proletariat

Wozel talent und Eigenart im Proletariat hat, hemellen die Schicks, die, die, die „Freiheit“ und die „Freie Welt“ ist mit jeder Paß erfüllt. Wir wollen nun begreifen, einiges zu veröffentlichen — nicht das Glotte, nicht den durch Tendenz gemilderten Dilettantismus, sondern Glotte, in denen etwas hat, was selbst in der besten Gesellschaft hat. Die Verfasser sind sehr ausschließlich einfache Arbeiter, zum Teil Arbeiter, die bis zu den letzten Tagen zum Dichten und Schreiben verstanden haben. Wir beginnen mit dem folgenden Gedicht, eine hat humoristische Dialekt-Farbe.

Bankrott Fürstegott

Von Ignaz Drecks (Hausdiener)

Bankrott Fürstegott macht zu Hause Krieg, alle Möbel sind kaputt, und in der Kneipe Stech uff Stech.

Broß Willem! — Ich ha' nich jemoßl. Aber ich laß mir nich daloh' al hat der Deiwel die Ruh jeholt, denn lanna bei Kalb och noch hof'n.“

Bankrott Fürstegott war ein Mann von Ehr, hahle grimmitig jeden Spott, und Knochen hat er wie'n Här.

Bruder, Schwester, Weib und Kind schlug er krumm und lahm, wenn nicht gleich geschwind Polizei zu Hilfe kam.

Einen Schuhmann schlug er tot, der allein sich wagte in sein Haus. Bankrott Fürstegott macht sich janisch draus.

Mit Mühe und mit Not aber kam die Sache raus, und Bankrott Fürstegott kam ins Irrenhaus.

Denn Psychologen sagten: Wahnsinniges Schenke hält schuld an allen Saken. Zuhel Knochen, und zu wenig Ple — da is nicht zu machen.

Und Bankrott Fürstegott in seinem Irrenhaus, schlug sofort drei Wärter tot und lud' bei Nacht und Nebel wieder aus.

Dreß, viermal gelang ihm das. Dann war die Sache aus. Bankrott biß zulezt ins Gras und starb im Irrenhaus.

Wozzeck

Im Deutschen Theater

Der Dichter liebt das deutsche Proletariat in erster Linie: Schiller, Heine, Herwegh, Freiligrath, Georg Büchner ist nicht darunter. Warum? Es hat seine Gründe. Aber was gehen uns länger diese Gründe an? Büchner ist das größte Genie unter den revolutionären Dichtern Deutschlands. Er glüht von Menschenliebe und Gerechtigkeit wie Schiller. Von der Kraft, Menschen zu bilden und Sinnen zu formen wie Goethe. Er haßt die Schinder des Menschentums wie der Dichter der „Kabale und Liebe“. Er läßt sie reden, singen, weinen, sterben wie Griechen im Ursprung. Er ist der junge Schiller und der junge Goethe in einer Person und außerdem der deutsche Dichter, der Shakespeare am nächsten steht.

Büchner ist ein deutscher Fall. Er gehört zu den Stürmern, Drängern, jung Gestorbenen, zu den Lenz und Kleist, die litten, bloß weil sie lebten. Er ist auch ein undeutscher Fall: Kompromißloser Revolutionär, den es zur Tat drängte, der ungeduldig auf den Rasenaufruf wartete. Wegen seiner Flugchrift „Der heilige Landbote“, datiert Darmstadt Juli 1834, mußte er fliehen. (Wir drucken sie demnächst in der „Freien Welt“ wieder ab.) Seinen Haß gegen Menschenzucht, Bildungshochmut und Standesbündel schrieb er sich zwei Jahre darauf in den Szenen des „Wozzeck“ vom Herzen. In derselben Zeit schrieb er das höchste deutsche Lustspiel „Leonce und Lena“, trieb Medizin, Naturwissenschaft, Philosophie. Ein Jahr später starb er an Typhus in Zürich, 24 Jahre alt.

Franz Wozzeck ist der allertrachtteste unter den Menschen. Beim Militär gab es eine Stufenleiter vom General bis ganz hinunter zum Musketier. Wozzeck ist noch weniger: Er ist das Pferd und Musketier. Der Prophet Jesaja schildert wie verachtet und verlegt der Messias, der Knecht Gottes sein wird: „Ich hielt meinen Rücken den denen, die mich schlugen, und meine Wangen denen, die mich rauten“. Wozzeck ist noch weniger. Aus Armut verkauft er sich lebend der Medizin. Sein Doktor behandelt ihn nicht einmal wie ein Versuchstierchen, nein, wie ein chemisches Präparat. Er läßt ihn Erbsen essen, um den Harnstoffgehalt zu beobachten, eine fixe Idee pflügen, um seine Entwicklung zum Urfranz zu studieren. Wehe ihm, wenn er den Urin nicht halten kann. Katätheter Drang? Die Ausrufe gilt nicht. „Der Mensch ist frei“, brüllt ihn sein Weintiger an. Wozzeck frei

Eine ungeheure Satyre. Büchner hat so nebenbei mit einem Satz einen grauenhaften deutschen Typ getroffen, den Philosophen der „inneren“ Freiheit, den die äußere nicht schert. Im Kriege lernten wir ja von den deutschen Professoren, daß die deutsche Freiheit ein besonderes Gewächs sei, und daß wir die „westliche Demokratie“ nicht vertragen würden.

Wozzeck, verachtet und getreten von allen, hat nur eins auf der Welt: die Marie und sein Kind. Aber wir wird ein hübsches Weib so inem Proleten lassen? Der Tambourmajor nimmt sie und prahlt vor Wozzeck: „Ein Busen und Schenkel! Und alles fest! Die Augen wie glühende Kohlen!“ Wozzeck hat nicht die Kraft, ihn niederzuschlagen. Er kauft ein Messer und ersticht die Marie. Beim abwaschen des Blutes fällt er in den Teich.

Das Erschütternde am Wozzeck ist, daß er kein zweideutiges Tier ist, daß sich kein Gedanke über sein Dalben macht, sondern ein geduckter Sklave mit einem göttlichen Herzen. Er spricht die schönsten Sätze dieser begnadeten Dichtung. Sein Hauptmann hält ihn deswegen für einen Narren, sein Vetter, der Arzt, für irre. Sein Weiblein ist so stark, daß er weiß, warum er Sklave ist: „Wenn ich ein Herr wär und hält einen Hut und eine Uhr und ein Kugenglas, und lönni vornehm reden, ich wollt schon tugendhaft sein.“ Büchner aber weiß, warum es für Wozzeck keine Befreiung gibt, Büchner wußte — vor neunzig Jahren, 15 Jahre vor dem kommunistischen Manifest! —, mit dem Schauspieler seines Genies, daß nur das notwendige Bedürfnis der großen Massen Veränderungen herbeiführen kann, daß alles Bewegung und Schreiten des Einzelnen vergebliches Lorenzwerk ist. Seine Dichtung ist daher ohne Tendenz und Rhetorik. Ein tragisches Volkslied von einem Menschen mit einem göttlichen Herzen, der der Allererachtteste war.

Reinhardt hat die kurzen, hübschen, hingewählten Szenen in der neuen Form gespielt, die Professor Witkowski voriges Jahr aus Büchners verglittenen Zetteln herausgelesen hat. Eine Szene ist gewonnen, einiges ursprünglicher geworden. Das Problem des schnellen Szenewechsels, 25 mal in zwei Stunden, hat Reinhardt endgültig bewältigt. Auch das kleinste Theater ohne Drehbühne kann seine technische Einrichtung übernehmen. Die Bühne ist rechts und links dunkel, vor einem Lärmschnitt, der manchmal eilig, manchmal zählig ist, wird eine Kuffe, wenn es nötig ist, ein Verfassstück (Tisch, Wiege, Bank) gestellt. Eine Hauswand: Straße, zwei Fenster. Ein Zimmer. Zwei Bäume: der Wald. Kein Volkslied wird sich seiner Pflicht gegen Büchner ferner entziehen können. Freilich ist Klopfer als Wozzeck unüber-trefflich. Wie er zusammenzuckt vor jedem, wie er zu rücktaumelt und mit den Füßen krumm steht, wie er immer zu Boden blickt und soviel schünes und tiefes im Auge verbirgt, wie er in die Brust der Marie hineinsieht, noch einmal, noch einmal, als ob es wilde Küße wären, das ist strangig. Auguste Büchner

Die Nachwehen des Abenteurers

In Ungarn ist nach dem Scheitern des habsburgischen Staatsstreichs Kagenammerstimmung eingetreten. Verschiedene Regierungsmitglieder, die sich zu weit mit der Sache eingelassen haben, sind nun kompromittiert. In der Nationalversammlung erklärte Graf Teleki, er müsse dem Reichsverweser Vorschläge über die Lage der Regierung machen und hat um die Vertagung des Hauses bis der Reichsverweser einen Entschluß gefaßt habe. Dieser Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde von der Nationalversammlung angenommen.

Die Regierungskrise ist hauptsächlich entstanden durch den Widerstand der Partei der kleinen Landwirte gegen die Begünstigung des Staatsstreichs. Besonders die Veröffentlichung der Proklamation des Kaisers mit einer Einleitung des Ministerpräsidenten hat die Gegnerschaft dieser Partei gegen den Ministerpräsidenten und den Außenminister Dr. Graf gesteigert. Die Vertreter der kleinen Landwirte in der Regierung, der Außenminister Szabo und der Justizminister Temejanyi haben bereits ihren Rücktritt angemeldet. Auch der Außenminister Dr. Graf hat seine Demission gegeben und erklärt, daß sein Entschluß unabänderlich sei.

Die Proklamation Karls ist in jenem schwülstigen, anmahnenden Ton gehalten, wie er den Vertretern des persönlichen Regiments eigen ist. Er unterläßt es nicht, „sein geliebtes Volk“ darauf hinzuweisen, daß er zu gelegener Zeit wiederkommen werde. Es ist zu hoffen, daß ihm diese Aussicht gründlich verborgen wird. Immer lauter erhebt sich in der ungarischen Bevölkerung der Ruf nach der republikanischen Staatsverfassung. Die Sozialdemokratie ebenso wie die republikanischen Organisationen des Bürgerrechts treiben mit großer Entschiedenheit dafür ein, daß die Frage der Staatsform durch Volksabstimmung entschieden werde. Diese Forderung des ungarischen Volkes hat Anspruch darauf, auch vom Auslande aus unterstützt zu werden. Ein reaktionäres Ungarn wird, gleichgültig ob an seiner Spitze der Diktator Horty, der König Karl oder irgendein anderer Autokrat steht, immer eine Gefahr für die Demokratie Europas bilden.

Friedrich Adler über die politische Lage

Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet, erstattete Friedrich Adler in der Mittwoch-Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrates Bericht über die politische Lage. Die Haltung der Exekutiv des Kreisarbeiterrates während der Vorgänge der letzten Woche habe sich als richtig erwiesen. Das Abenteurer des Habsburgers bestimme die alte Lehre, daß verfehlte Offensiven den Gegner kürzen. Das Abenteurer habe die Arbeiterklasse in eine viel glücklichere Situation geführt, als vor zehn Tagen. Umgekehrt erzeuge die Offensive der Kommunisten in Mitteleuropa eine Schwächung der Arbeiterklasse. Das bedeuete nicht, daß Offensiven überhaupt ausgeschlossen seien, aber man müsse die Bedingungen ihres Gelingens prüfen.

Im Laufe der letzten Jahre habe es keinen Augenblick gegeben, wo die Sozialdemokraten der Regierungskoalition fernere Gedanken hätten als jetzt. Der Kreisarbeiterrat nahm einen Antrag Adlers an, wonach die Tätigkeit der Exekutive gelegentlich des Abenteurers Karls gestillt wurde. Ein kommunistischer Antrag, wonach die Arbeiter in großen und mittleren Betrieben bewaffnet und zu Selbstschutzbänden organisiert werden sollten, wurde abgelehnt.

Die kommunistische Bewegung in England

Auf dem kürzlich abgehaltenen Kongreß der „Unabhängigen Arbeiterpartei Englands“ sind bekanntlich die Extremisten nach Ablehnung des Beschlusses von Moskau vom Kongreß abgezogen und haben damit ihren Austritt aus der Partei bekundet. Wie festgestellt wurde, dürften den Extremisten im ganzen etwa 1000 Mitglieder Gefolgschaft leisten und nun wahrscheinlich mit den am 29. und 30. Januar in Leeds vereinigten Kommunisten zusammenstoßen.

Ueber diesen Kongreß hat die kommunistische „Die ouvrière“ kürzlich einige interessante Ausführungen gemacht, denen wir folgendes entnehmen. Im ganzen waren dort 170 Delegierte von

drei verschiedenen Organisationen vertreten: die kommunistische Partei Großbritanniens mit 4500 Mitgliedern, die kommunistische Arbeiterpartei, sowie eine dritte kommunistische Partei mit je 500 Mitgliedern. Unter Einfluß von lokalen kommunistischen Gruppen, die keiner der drei angeführten Organisationen angehörien, wird die Gesamtmitgliederzahl der neuen kommunistischen Partei auf rund 7000 beziffert.

Wie „Die ouvrière“ hervorhebt, fanden Diskussionen über politische Auffassungen in Leeds überhaupt nicht statt. Die tatsächlichen Auseinandersetzungen, welche die bisherige Scheidung bedingt hätten, sind nicht erörtert und also auch nicht befähigt worden. Die Folge ist, daß sich in der vereinigten Partei heute die verschiedensten Elemente zusammensetzen: Parlamentarier und Antiparlamentarier, Syndikalisten und Anarchisten.

Von der Spaltung der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ erwarten die Kommunisten einen Zuzug von mindestens zehntausend Mitgliedern. Dieser Zuzug ist jedoch ausgeblieben. Die von der deutschen kommunistischen Presse verkündeten „Siege“ von Leeds und Southport sind also alles andere als geeignet, große Aussichten für die kommunistische Bewegung in England zu eröffnen.

Ungerechte Bestrafung Erwerbsloser

Keine Arbeitslosenunterstützung für die Arbeiter im Rennwert

Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Halle a. S. gemeldet wird, haben der Reichsarbeitsminister und der Reichsarbeitsminister im Eisenwerke in Eisenach mit der Reichsregierung dem Magistrat von Raasdorf gedenkt, daß Erwerbslosenunterstützungen für die bisher beim Rennwertwerk oder bei den dort tätigen Baufirmen beschäftigten Arbeiter nicht zulässig sind.

Wir vermuten, daß diese Nachricht auf einem Irrtum beruht. Woher will das Reichsarbeitsministerium das Recht nehmen, die Arbeiter der Rennwertwerke und der in Frage kommenden Baufirmen, die durch die teilweise Zerstörung der Betriebe und die Unbrauchbarmachung der Betriebseinrichtungen beschäftigungslos geworden sind, ohne selbst an dem Zerstörungswerk beteiligt gewesen zu sein, die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen? Wenn derartige Maßnahmen Praxis werden, dann würden in Zukunft bei jedem Sabotageakt eines einzelnen konfusen Individuums zahlreiche Arbeiter durch Entziehung der Erwerbslosenunterstützung für die Handlung eines Unverantwortlichen bestraft werden. Die soziale Fürsorge würde sich dann verwandeln in ein Mittel der Straffjustiz.

Ist der Reichsarbeitsminister der Meinung, daß das ihrem ursprünglichen Zweck entspräche?

Münchhausen erzählt

Die Berichterstatter, die die bürgerliche Presse in das mitteldeutsche Aufstandsgebiet entsandt hatte, haben Münchhausen den Rang abgelaufen und die Phantasio der Kriegsberichterstatter noch daran überlassen, daß Lubendorf sein Oberst Nikolai erbeutet sein werden, daß sie sich derartige wertvolle Kräfte nicht während des Krieges dienstbar gemacht hätten. Wir wollen aus den vielen Beispielen nur eins herausgreifen, um daran zu zeigen, wie leichtfertig die bürgerliche Presse ihren Beruf ausübt, wie gering sie die Urteilskraft der Leser einschätzt.

In der Morgenausgabe vom 30. März berichtete das „Berliner Tageblatt“ über die „Zustände auf dem Rennwert nach der Entleerung“. Es wurde erzählt, daß 1800 Rotgardisten einschließlich Frauen verhaftet und 1100 Maschinengewehre erbeutet worden seien. Es kommt demnach auf anderthalb Mann ein Maschinengewehr — bei Gott, keine schlechte Bewaffnung. Nach Deuten, die nicht mit den Augen eines Münchhausen leben und nicht mit den Ohren eines Münchhausen hören, sind allerdings nicht einmal ein Dutzend Maschinengewehre ermittelt worden, und die 1800 „Rotgardisten“, die man gefangen genommen haben wollte, waren in der Hauptsache Rotlandsarbeiter, die überdies in den Barackenlagern des Werkes ihren festen Wohnsitz hatten.

Es kommt aber noch besser. Tags zuvor berichtete der gleiche Korrespondent, daß an die 1900 Arbeiter des Werkes für nicht weniger als sage und schreibe eine halbe Milliarde (500 000 000 M.) Zigaretten verteilt wurden. Nehmen wir den

Durchschnittspreis einer Zigarette mit einer 1 M. an, so sind bei dieser Verteilung auf jeden Mann etwa 275 000 Zigaretten entfallen. Wieviel Möbelwagen dazu gehören, ein derartiges Quantum fortzuschaffen, entzieht sich unserer Kenntnis. Charakteristisch ist nur, daß ein jugendliches Weltblatt, das politisch ernst genommen werden will, einen derartigen Wiberstun seinen Lesern vorzulegen wagt.

Dr. Simons bei einem Ausflug auf italienischem Boden flücht. Der deutsche Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, der sich bekanntlich in Luzern aufhielt, hatte ein kleines Abenteuer. Der Minister kam mit seiner Familie während eines Automobilausfluges auf italienischem Boden und wurde nach Bonchrestia begleitet, wo er sich nur schwer ausweisen konnte. Am Mitternach erst kehrte er in die Schweiz zurück.

Die Radikal-Sozialisten gegen die Napoleonsfeier. Die sozialistische Radikale Föderation der Seine hat in Anbetracht des Umstandes, daß die Regierung beabsichtigt, offiziell an der Jahrhundertfeier für Napoleon teilzunehmen, eine Resolution angenommen, in der gegen den Charakter protestiert wird, der einer Kundgebung gegeben wird, die nach der Ansicht der Radikalen eine Verleugnung der demokratischen Idee bedeute und nur den Zweck habe, die Massen an den Gedanken der Diktatur zu gewöhnen. — Die französischen Radikal-Sozialisten sind eine bürgerlich-demokratische Partei.

Wenn die Deutschen zahlen wollen. „Katin“ veröffentlicht folgenden Notiz eines Abonnenten: „Ein Deutscher ist mir seit 1914 Geld schuldig. Dieser Deutsche, einzig in seiner Art, will seine Schuld bezahlen, er darf es aber nicht direkt tun, weil es eine Bankrottschuld ist, und weil die Friedensverträge eine Reihe von Formalitäten dafür vorgegeben haben. Ich habe mich also an die französische Regierung gewandt, aber die will nichts tun, weil ich in England wohne. Ich habe mich also an die englische Regierung gewandt. Aber die will nichts tun, weil ich Franzose bin. Es ist also nichts zu machen. Wenn die Deutschen sich weigern zu bezahlen, so kann man versuchen, sie mit Gewalt zu zwingen, was übrigens nicht immer glückt. Aber wenn sie zahlen wollen, dann gibt es keinen Ausweg.“

Groß-Berlin

Die Kommunisten in der Gemeinde

Wenn die Kommunisten in der Gemeinde sich betätigen, so zeigen sie sich in ihrer ganzen Hilflosigkeit und oft auch in ihrer vollendeten Dummheit. Stark sind sie lediglich in der Fabrikation von Anträgen, aber näher ansehen darf man sie nicht. Handelt es sich um solche, die einen berechtigten Kern haben, so sabotieren diese kommunalpolitischen Analphabeten ihre eigenen Anträge, indem sie dieselben im Plenum der Versammlung stellen, obwohl sie Gelegenheit haben, in den Deputationen, in denen sie Vertreter haben, die Fragen viel früher zur Verhandlung und auch zu einer gewissen Erledigung zu bringen. Leider muß festgestellt werden, daß in vielen Sitzungen die Kommunisten nicht anwesend sind, daß sie aber hinterdrein das große Wort führen.

Von Interesse ist das Verhalten der Kommunisten bei der Bildung der Bezirksämter. Weil sie „prinzipiell“ nur eigene Leute wählen, höchstens noch einen Unabhängigen, eventuell auch noch einen Rechtssozialisten ins Bezirksamt schiden wollen, haben sie beispielsweise herbeigeführt, daß das Bezirksamt Tiergarten in die Hände der reaktionären Parteien geraten ist. In Reinholdsdorf waren die Kommunisten einschüchter. Um zu einem in der Mehrheit sozialistisch zusammengesetzten Bezirksamt zu kommen, wählten die Sozialisten zum Bürgermeister einen linksgerichteten Bürgerlichen. Das taten auch die kommunistischen Mitglieder der Bezirksversammlung. Damit hatten sie aber einen „Prinzipienverrat“ begangen, und sie wurden dafür gerüffelt und die fünf kommunistischen Mitglieder aufgesordert, ihre Mandate niederzulegen. Das lehnten sie ab und blieben auch bei ihrem Entschluß, nachdem die Reichszentrale die Niederlegung der Mandate vom langen. Jetzt haben die Betroffenen ihren Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt, weil sie eingesehen haben, daß mit dieser Art kommunistischer Kommunalpolitik in der Praxis nichts anzufangen ist. Darob werden sie von der „Roten Fahne“ als Renegaten beschimpft. Wir wissen, daß auch an anderen Orten die Dinge denselben Weg gehen, und daß überall die Einsicht über die Unfähigkeit kommunistischer Kommunalpolitik reigt. Die auf diese Weise Ausgeschlossenen haben sich als Hospitanten der U.S.P.-Fraktion angeschlossen, mit der sie gut zusammen arbeiten.

5. Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes

Der Arbeiter-Samariterbund hielt in den Tagen vom 25. bis 28. März in Braunschweig seinen 5. Bundestag ab. Es nahmen an ihm teil 44 Delegierte aus den 16 Kreisen, in welchen sich der Bund über das ganze Deutsche Reich verteilt. Für den Rat der Stadt Braunschweig nahm an der Tagung Stadtrat Winkow teil. Die Verhandlungen leitete Neu-Röllin. Nach den üblichen geschäftlichen Erledigungen erstattete am zweiten Verhandlungstag der Bundesvorsitzende Stein-Charlottenburg den Geschäftsbericht. Aus diesem war zu entnehmen, daß der Bund sich in der letzten Zeit gut entwickelt hat. Jährte er 1920 nur 80 Kolonnen mit 4500 Mitgliedern, so zählt er jetzt 195 Kolonnen mit über 14 000 Mitgliedern. Die Erhöhung der Mitgliederzahlen sei der emphischen Tätigkeit der Genossen in den Kolonnen und den Kreisen zu danken. Der Bundesvorsitzende gab im Geschäftsbericht auch Anregungen, wie der Bund weiter zu entwickeln sei. Dem Geschäftsbericht folgte der Kassenbericht des Bundesassistenten Ernst Bobb Berlin. Er berichtete, daß der Bund über geordnete Kassenverhältnisse und gute Warenbestände verfüge. Im Anschluß daran gab der Obmann der Revisionen, Dehmuth-Berlin, den Revisionsbericht. Er beantragte Entlassung des Gesamtvorstandes. Ihm folgte Richter-Dresden, welcher als Obmann des Bundesausschusses über dessen Tätigkeit berichtete.

An die Berichte schloß sich eine eingehende Aussprache, an der sich zahlreiche Delegierte beteiligten. Dem gesamten Bundesvorstand wurde einstimmig Entlassung erteilt.

Ueber den Ausbau des Bundes zu einer Wohlfahrtsorganisation sprachen am dritten Verhandlungstage Dr. Brunsberg-Berlin und Pöcher-Eberfeld. Die Referate riefen eine längere Diskussion hervor. Es wurde hierzu und zur Frage der Parteistreitigkeiten bei der Enthaltung eine Entschließung angenommen, die besagt: „Der U.S.A. betennt sich als die Organisation, die sich der Volkswohlfahrt im allgemeinen und dem Samariterwesen insbesondere widmen will. Diese Ziele sind nur auf einer neutralen Basis erzielbar. Die gegenwärtigen Parteistreitigkeiten können in keiner Weise für unsere Ziele nützlich sein. Es liegt in keinem Falle im Interesse der Arbeiterklasse, wenn die politische Auseinandersetzung über die Richtungsfragen in die mehr gesellschaftlichen Organisationen hineingetragen und die Auseinandersetzung ins Extreme getrieben wird. Der Bundestag fordert deshalb auf, alle Beschlüsse, die sich auf die Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei beziehen, für jetzt und in Zukunft für unzulässig zu erklären, und weiterhin strengste Neutralität zu üben. Kolonnen, die sich auf eine bestimmte Parteirichtung festlegen, scheiden aus dem Bunde aus.“

Ueber den Ausbau der inneren Organisation und über die Bundeseinrichtung berichtete Bundesvorsitzende Stein, der hierzu verschiedene Vorschläge begründete. Beschlossen wurde, daß ein neues Lehrbuch von Dr. Krehlamar-Dresden so schnell als möglich herausgegeben werden soll.

Dann nahm der Bundestag nach einer längeren Beratung eine Reihe Statutenänderungen vor. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Stein-Charlottenburg als angestellter Bundesvorsitzender und Bobb-Berlin als Bundesassistent gewählt.

schast der Sefewis in Persien, die sich 1502 des persischen Thrones bemächtigte, hatte fast genau die gleichen kommunistischen Bestrebungen. Der Schah Ismail, der den Thron der sogenannten Sefewis begründet hatte, predigte genau die gleichen sozialistischen Gedanken: freiwillige Armut, einfaches Leben, Teilung der Güter usw. Das Sonderbarste nun ist, daß gewisse bisher unerklärte Kleinasiatische Sekten, wie die Kujibadschen und Tachadschi, wie jener Aufsatz zeigt, nichts weiter sind als Überreste jener gewaltigen kommunistischen-sozialistischen Bewegung, die im 15. und 16. Jahrhundert ganz Persien und Kleinasien erfaßt hatte. Sultan Selim erst ging mit eiserner Strenge gegen diese staatsgefährliche Bewegung vor und ließ rücksichtslos alle erreichbaren Anhänger umbringen (1614). Nur spärliche Überreste, die Bahlinger u. a. auch in Bulgarien nachweisbar sind, haben sich auf die Gegenwart herübergerettet, als kümmerliche Vertreter einer loderbaren, nun fast ein halbjahrtausend zurückliegenden sozialistischen Bewegung in Vorderasien.

Zusammenhang von Ränkerverbänden. Die Genossenschaft Deutscher Tonseher, der Reichswirtschaftsverband der bildenden Künstler und der Schwerverband Deutscher Schriftsetzer haben sich zu einer Rändigen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Ihre nächsten Aufgaben sind: die Reichskulturabgabe, die zeitgemäße Umgestaltung des Urheber- und Verlagsrechtes und die sachgemäße Vertretung der geistig Schaffenden im öffentlichen Leben.

Tages-Notizen

Kerenshallungen der U.S.P.D. Siedlerstr. Dittl. 17. April, 6 Uhr, Schulaula des Volkshochschule, Passir, 16-18. 2. Kommerzialabend unter Leitung von Kapellmeister Vd. Heid. Mitwirkende: Ränkler der Hochschule für Musik, Karten für 2,50 Mark ab 18. April bei den Funktionen und beim Generalrat, Altes Theater, 21. April, 8 Uhr.

Impressaria. 3 Beiträge von Alexander Weinbaum: „Kriegsbesen Leben und seine Werke“. Sonntag, 10. April, 1920, 18. und 19. April, Aula des Volkshochschule, Karl-Liebknecht-Str. 17. Sonntag 7 1/2 Uhr. Mitwirkende: Henriette Gottlieb (Deutsches Opernhaus), Paula Weinbaum, Benna Spott (Gelage), Kurt Schuberth (Klavier), Alfred Wittenberg (Violine) und ein Streichquartett. Karten für 2 1/2 Mark (inkl. Programm und Souvenir) 8 1/2 Mark, für 1 Mark 2 1/2 Mark, an der Abendkasse.

Gehe Kellner Berlin. Sonntag im Kolonial-Theater. „Barbier von Seville“ von Rossini mit G. Hübner (Deutsches Opernhaus). 6. Beitrag, 18. und 19. April, 8. Uf. (Staatssperre), G. Hübner (Staatssperre) in den Hauptrollen. Musikalische Leitung Herr. Gänge, Spielleitung Herr. Fockmann. Sonntag 7 1/2 Uhr. — Die Veranstaltung der Großen Volkspost werden mit festem Sonntag im Bühnenspielhaus stattfinden.

Das 2. Vornmittagskonzert der Claviersekte findet Sonntag, den 17. April, 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus unter Leitung von Dr. Stieberg statt. Programm: Beethoven: 3. Klavierkonzert, Chopin: 4. Klavierkonzert, Liszt: 1. Klavierkonzert, Richard Strauß: Don Juan, Brahms: 1. Klavierkonzert, Beethoven: 5. Klavierkonzert, Liszt: 2. Klavierkonzert, Liszt: 3. Klavierkonzert, Liszt: 4. Klavierkonzert, Liszt: 5. Klavierkonzert, Liszt: 6. Klavierkonzert, Liszt: 7. Klavierkonzert, Liszt: 8. Klavierkonzert, Liszt: 9. Klavierkonzert, Liszt: 10. Klavierkonzert.

Auf die nächsten Vorträge haben die Veranstalter verzichtet, so kommt aber nun noch darauf an, daß die Zahl der künftigen Vorträge vermehrt wird.

und Dietrichs, das Paar, das ihn betrog, war schauspielerisch gut, aber unrichtig. Bekommt auch Reinhardt nicht mehr die Kräfte, die er braucht? Wer kann wie er plötzlich zum Beispiel aus der Eberts eine Meisterleistung herausziehen. Wundervoll war das Drängende, die fränkische süddeutsche Musik, der romantische Ton der Aufführung. Das Hinüberziehen der Szenen finde ich allerdings stiller, und unverständlich, daß Reinhardt nicht gewagt hat, auch die letzte Szene zu spielen, Woyzeck welche in der Anatomie. Reinhardt gibt seiner Art entsprechend das Drama romantisch — malerisch. Ich wünschte es innerlich geladen, heftig, grausam, hagerwiegend, wie es in einer Szene im Auditorium gewesen ist. Seinen letzten Ausdruck kann das Werk nur in einem proletarischen Theater unter Martin oder Tegner erhalten. Erst im Proletariat wird es ein revolutionäres Echo finden. Und dann wird Bühnen stehen, wohin er gehört, neben Schiller, Heine, Herwegh, Freiligrath. Bieleicht über ihnen.

Felix Stibinger

Eine alttürkische Kommunistenbewegung. Ueber einen sonderbaren kommunistischen Kultus im altosmanischen Reich handelt, nach der „Frankfurter Zig.“, ausführlich eine im 106ten erschienenen H. Band der Zeitschrift „Der Islam“ enthaltene Abhandlung von F. Bahinger. Danach trat im Sommer 1416 in Kleinasien ein gewisser Scheich Bedr Ed-din aus Simas in Kleinasien, unterstützt von seinem fanatischen Jünger Würkadsche, auf und hatte im Ru eine gewaltige Menge Volkes sowohl in der Gegend von Smyrna wie auf ihratlischem Boden, im Kalkan, um sich geschart. Er predigte eine sonderbare Lehre, von der die osmanischen Berichte wenig, um so mehr aber der byzantinische Historiker Ducas erzählen. Alles Gut sollte gemeinsam sein, ausgenommen die Frauen. Haus und Hof, Vieh, Land, Geld, alles sollte gemeinsames Eigentum des Volkes sein. Scheich Bedr Ed-din, der aus einem hochangesehenen Geschlecht stammte und seinen Stammbaum auf die Seidschulen zurückführte, war einer der größten Gelehrten seiner Zeit, der eine Zeitlang das Amt eines Heeresrichters ausgeübt und sich dabei das größte Vertrauen gerade des gewöhnlichen Volkes erworben hatte. Deshalb war der Zulauf ganz ungeheuer und drohte sogar allmählich den Bestand des osmanischen Reiches gefährlich zu werden. Der Sultan entbot ein gewaltiges Heer wider die Aufwiegler, das aber fast ganz aufgerieben wurde. Erst einer neuen, stärkeren Truppenmacht gelang es, den Kultus in Kleinasien niederzuwerfen und den Empörer Bedr Ed-din, der von den Seinen schließlich verraten und ausgeliefert wurde, der „Straße“ zuzuführen. Er wurde auf dem Marktplatz zu Seres (im heutigen Griechenland) aufgehängt (1416). Diese ganze Bewegung war insofern, wie in der genannten Abhandlung nachgewiesen wird, keineswegs ohne Zusammenhang und Nachwirkung. Denn die schiitische Herr-

Aus einer Falschmünzwerkstatt

Am 11. Februar hat das Reichsbankdirektorium vor einer Nach-
achtung der neuesten 50-Mark-Noten mit dem Ausgabedatum
vom 23. Juli 1920 gewarnt. Der Reichsbank-Falschgelddabteilung
gelang es vor einiger Zeit, den Hersteller dieser Falschungen in der
Person des Zeichners Kurt Gallena zu ermitteln. Dieser
hatte gemeinsam mit dem Berliner Schankwirt Adolf Klär aus
der Fehrbelliner Straße 50 in einem Sommerhäuschen
in dem Fischerdorf Heidebrink auf der Insel Wollin
eine Falschmünzwerkstatt eingerichtet. Hier stellten beide
zunächst 20-Mark-Darlehensscheine und dann die grünen 50-
Mark-Noten her. Die Scheine waren aber so plump ausgeführt,
daß die Vertreter der falschen Noten schon bei dem ersten Ver-
such der Verausgabung verhaftet wurden. Die Reichsbank-Falsch-
gelddabteilung hob das Falschwerkzeug in Heidebrink aus und nahm
Klär fest, während Gallena sich noch rechtzeitig in Sicherheit
bringen konnte.

In seiner Sommerwohnung in Dranienburg richtete sich
Gallena nunmehr eine neue Falschmünzwerkstatt ein und be-
gann, die damals von der Reichsbank gerade neu herausgegebenen
50-Mark-Noten vom 23. 7. 1920 nachzumachen. Auch diese Falsch-
ungen seien so schlecht aus, daß die Kriminalpolizei den Falsch-
münzern wieder auf die Spur kam. Beim Zusammenreffen mit
Beuten, die für Gallena die Scheine umfalten, wurde er von den
Beamten überrascht. Während seine Mitäter festgenommen wer-
den konnten, gelang es ihm, abermals zu entweichen. Als die
Falschgelddabteilung nun in Dranienburg nach ihm Ermittlungen
anstellte, flüchtete er in der Nacht mit seinem gesamten Falsch-
münzmaterial nach Berlin. Hier wurde er schon einen Tag
später in der Wohnung seiner Geliebten entdeckt, wo er sich
gleichfalls eine Falschmünzwerkstatt eingerichtet hatte. Als die
Kriminalbeamten zu seiner Verhaftung schreiten wollten, zog
Gallena blitzschnell einen Revolver und schoß sich eine Kugel durch
den Kopf. Er war sofort tot. Seine Geliebte versuchte, sich
ebenfalls zu erschließen, konnte aber rechtzeitig daran gehindert
werden.

Die Formulare für Steuerveranlagungen werden zugesandt und
sind nicht beim Finanzamt abzuholen, wie wir vor einigen
Tagen irrtümlich mitteilten.

Drei neue Schuldezerenate. Der Berliner Magistrat hat der
Stadtordnungsversammlung eine dringliche Vorlage über die
Schaffung von drei neuen Dezerenaten in der städtischen Schulver-
waltung zur Genehmigung unterbreitet. Es handelt sich um je
ein Dezeretat für die Volksschulen, die höheren Schulen und die
Fach- und Fortbildungsschulen. Als Gehalt werden 18.200 bis
25.000 Mark für jeden Posten gefordert. Begründet wird die
Notwendigkeit dieser neuen Dezerenate mit dem umfassenden Auf-
gabenspektrum des Oberstadtschulrats Vanssen, der als Magistratsmit-
glied nicht nur an den kommunalpolitischen Fragen der Stadt mit-
arbeiten, sondern als Fachdezeretat die gesamten Schulan-
gelegenheiten zu vertreten hätte und mit Arbeit überhäuft sei.

Pädagogische Sprechstunde für Schwerhörige. Der Leiter der
Charlottenburger städtischen Schwerhörigen-Schule hält Mittwochs
und Sonnabends von 12-1 Uhr (mit Ausnahme der Ferien) in
der Schwerhörigen-Schule, Spreestr. 22, eine pädagogische Sprech-
stunde ab, in welcher den Angehörigen von Schwerhörigen, er-
taubten und taubstummen Kindern unentgeltlich Rat und Aus-
kunft erteilt wird.

5. Verwaltungsbereich (Friedrichshagen). In der am letzten
Freitag stattgefundenen Bezirksversammlung fand als 1. Punkt
der Tagesordnung die Einführung der gewählten Bürgermeisters
Rietlich durch den Bürgermeister Ritter statt. Alsdann führte
Bürgermeister Rietlich den ebenfalls bestellten Bürgermeisters-
Stellvertreter Brähler in sein Amt ein. Dem Oberpräsidenten
hat es gefallen, von den in der Bezirksversammlung am 18.
Februar gewählten 13 Bezirksamtsmitgliedern nur zwei zu bestel-
len, so daß also für die nichtbestimmten Bezirksamtsmitglieder eine
Neuwahl nötig wird. Gegen die Gültigkeit der Wahl der unbesol-
deten Mitglieder ist J. J. ein Protest von den Deutschnationalen
eingebracht worden, der noch der Erledigung harret. Der Grund
für die Nichtbestimmung der besol deten Bezirksamtsmitglieder soll
namentlich der sein, daß das juristische Element bei der
Besetzung des Bezirksamtes nicht berücksichtigt worden ist. Um zu
dieser Erkenntnis zu kommen, hat der Oberpräsident ganze sechs
Wochen gebraucht. Wir leben in diesem Vorgange ein deutliches
Zeichen dafür, daß diese Begründung nur ein Mittel zum Zweck
ist, die Bildung der Bezirksämter immer weiter hinauszuschieben,
um ja das Stadtgebilde Groß-Berlin nicht zu positiver Arbeit
kommen zu lassen. Außerdem fand noch die Einführung der neu
eintretenden Bezirksverordneten statt, darunter die unserer Genossen
Stadtordnerten Wengels. In Stelle des ausgeschiedenen 2. Vor-
sitzenden, Herrn Labendorff, wurde Stadtordnerner Klein aus
gewählt. Aus dem Bericht des 16er Ausschusses, den Gen.
Ritter gab, sei hervorgehoben, daß von den Sitzungen des
Jugendamtes, wenn Fragen, die den 5. Verwaltungsbereich
betreffen, auf der Tagesordnung stehen, ein Mitglied der Bezirks-
versammlung zugezogen werden soll. Die Verammlung beschloß,
da die Genossen Deming dieser Deputation als Stadtordn-
er angehört, es bei dieser Vertretung des Bezirksamtes vor-
läufig zu belassen. Die Wohnungsbeschwerdekommission ist von
7 auf 10 Mitglieder erhöht worden. Von unserer Fraktion wurde
Gen. Goetz dafür bestimmt. Die Räume für das Bezirksamt
werden Mitte April soweit fertiggestellt sein, daß die beiden
Zimmer für die Bürgermeister und das Hauptbureau bezogen
werden können.

Voranschauliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonn-
abend. Zeitweise aufklarend, jedoch kühl, überwiegend bewölkt
und etwas neblig, mit geringen Niederschlägen und mäßigen
nordöstlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Zeugniszwangsverfahren gegen einen
Gewerkschaftsbeamten

Wohl fast die gesamte Öffentlichkeit ist darüber einig, daß die
Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegen Redakteure
dringend befehligt werden muß, weil der Redakteur z. B. ebenso
wie der Arzt sein Berufsgeheimnis wahren muß. Leider ist in
der Zeit der politischen Umwälzung noch nichts zur Reform des
Zeugniszwangsverfahrens getan worden. Es ist aber bezeichnend
für den Geist, der gegenwärtig in unserer Rechtspflege herrscht,
daß das Zeugniszwangsverfahren jetzt auch gegen
Gewerkschaftsbeamte angewendet werden soll, um sie
zu zwingen, die ihnen von den Mitgliedern anvertrauten Vor-
gänge preiszugeben. Ein solches Zeugniszwangsverfahren ist
gegenwärtig gegen einen Beamten des Bundes der technischen
Angestellten und Beamten angewendet worden. Die genannte
Organisation hatte eine Denkschrift verfaßt, in denen die
Neuorganisation des Vermessungswesens gefordert wurde. Die
fachverständigen Ausführungen hatten zur Folge, daß ihnen nicht
ohne Rechnung getragen wurde, sondern daß die an der Erhal-
tung der rüchrichtigen Zustände interessierten Kreise nachsich-
ten, welche Beamten etwaiges Material für diese Denkschrift ge-
liefert hätten. Der Verdacht richtete sich in der Hauptsache gegen
einen Beamten der Landesaufnahme. Es wurde deshalb gegen
ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet und ein Ge-
werkschaftsbeamter des Bundes der technischen Angestellten
und Beamten die Beamte jedes Zeugnis mit der Begründung, daß
eine Auslage über die Herkunft der Unterlagen einen Vertrauens-
bruch der Organisation gegenüber ihren Mitgliedern bedeuten
würde. Der Verweigerung der Zeugnisausgabe folgte sofort die
Verhaftung des Zeugen mit 300 M. Geldstrafe oder
30 Tagen Haft, sowie die Beurteilung zur Tragung der
verursachten Kosten.

Gegen dieses Vorgehen ist selbstverständlich sofort Beschwerde
eingelegt worden. Aber auch in der Öffentlichkeit muß mit
allem Nachdruck gegen ein derartiges Vorgehen Protest eingelegt
werden, das von einer vollkommenen Verkennung der Aufgaben
eines Gewerkschaftsbeamten zeugt.

Vom internationalen Glasarbeiterkongress

Kongress werden die durch den Krieg zerrissenen Fäden, die die
Arbeiter der verschiedenen Länder verbanden, wieder geknüpft.
Die internationalen Tagungen verschiedener Verbände mehren sich
und heute können wir berichten von einem in Amsterdam statt-
gefundenen internationalen Kongress der Glas-
arbeiter, der am 30. März seinen Anfang nahm. Der Vor-
sitzende der holländischen Glasarbeiter-Organisation, Genosse
Baart, eröffnete den Kongress mit dem Hinweis, daß die
Unternehmer der Glasindustrie sich seit langem vereinigt haben
und ohne Rücksicht auf nationale Gegensätze ihre internationalen
Organisationen errichtet, um Arbeiter und Konsumenten aus-
beuten zu können. Deshalb, so führte er aus, müssen auch wir
unser internationalen Organisationen ausbauen, um uns gegen
diese Ausbeutung zu wehren.

Es sind folgende Organisationen vertreten: England, Frank-
reich, Tschechoslowakei, Desterreich, Hoand und Deutschland,
mit insgesamt neun Organisationen, die 135.000 Mit-
glieder vertreten. Die Zahl der Delegierten betrug 24. Aus
verschiedenen Ländern lagen Begrüßungsschreiben vor, in denen
auch mitgeteilt wurde, daß es aus politischen Gründen unmöglich
war, die Delegierten zur Tagung nach Amsterdam zu entsenden.
Wir begrüßen diese internationalen Tagungen als ein beginnendes
Zeichen der Zeit, daß letzten Endes die politische Einsicht der
Arbeiterklasse in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten allen Natio-
nalkongress der Kriegszeit überwinden wird. Enger und fester denn
je müssen die internationalen Verbindungen hergestellt werden,
um zukünftig jeder Belastungsprobe widerstehen zu können.

Metallarbeiter gegen Kommunisten

Aus Hagen wird uns berichtet:

In einer gut besuchten stattgefundenen Funktionärsitzung der
Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Vereins am 2. 4. 21 im Kaiseraal in Haagen i. W. wurde die augen-
blickliche Lage innerhalb der Arbeiterbewegung besprochen. Der
Vorsitzende, Kollege Sängner schilderte die vergangene und
jetzt bestehende Situation, verurteilte das Treiben aller Draht-
zieher der Streikbewegung, die, trotzdem sie wußten, daß ohne die
Gewerkschaften und die Gesamtarbeiterschaft jeder von irgend-
welcher Seite in Szene gesetzte Generalkrieg als Mißerfolg enden
müßte, dennoch solchen ausriefen und damit über große Teile der
Arbeiterklasse namenloses Unglück brachten, daß ohne weiteres
vermeidbar war, wenn zuvor alle in Frage kommenden Organi-
sationen der Arbeiterklasse gefragt worden wären. Als Nieder-
schlag der Verammlung wurde folgende Entschlußfassung angenom-
men, die wir zweifelslos als einen Erfolg zur Klärung innerhalb
unserer Reihen haken können.

Die am 2. 4. 21 im Kaiseraal stattgefundenen Vertrauens-
männerversammlung verurteilt auf das entschiedenste den von den
Unionisten, Syndikalistiken und der Zeitung der R. R.
R. D. in Szene gesetzten Generalkrieg. Im Bunde mit
Späheln und Provokateuren hat man große Teile der
revolutionären Arbeiterklasse in eine traurige Lage gebracht
und der Arbeiterbewegung unermesslichen Schaden zu-
gefügt. Die Vertrauensleute verpflichten sich, mit aller Kraft

das Los der irreführten Opfer zu erleichtern. Ferner protestie-
ren die Vertrauensleute energig gegen die in Aussicht genom-
menen Konnahmegerichte und erwarten, daß der Allgemeine Deutsche
Gewerkschaftsbund alle Mittel in Bewegung setzt, um die Errich-
tung von Konnahmegerichten zu verhindern.

Deutschnationale Handlungsgehilfen für die Dragesch

Die Münchener Rundgebungen der Haltenkreuzjünglinge gegen
die Auflösung der Einwohnerverbände sind dem Deutschnatio-
nalen Handlungsgehilfenverband ganz aus dem
Herzen gesprochen. Er behauptet zwar immer, parteipolitisch neu-
tral zu sein, aber schon das bekannte Verhalten seiner Führer
z. B. beim Kapp-Putsch dürfte genügen, um seine reaktionäre,
gegen die deutsche Republik gerichtete Gesinnung zu kennzeichnen.
Nach Kapp ist jetzt Kahr der rechte Mann des DHB.

Bei allen Demonstrationen bilden die Münchener DHB-Mit-
glieder die Staffeln. So hatten sich am Sonntag, den
12. März, einige Dunder von ihnen zusammengefunden, um recht
kräftig zu rufen: Die bayerische Einwohnerwehr läßt sich nicht
entwaffnen! Nachdem sie ihrem kriegerischen Herzen genug Luft
gemacht hatten, zogen sie mit den übrigen Demonstrationsteil-
nehmern vor die Wohnung des Ministerpräsidenten Kahr. Hier
folgte ein Hoch dem anderen. Schließlich ergriff der Proturist
Kneil vom DHB, das Wort. Er dankte dem allerbereiten Mini-
sterpräsidenten, der so mannschaft den bayerischen Standpunkt
vertritt, und rief ihm zum Schluß zu: Landgraf, bleibe hart! Es
kommt auch nicht darauf an, einmal mit den stets beschimpften
Kommunisten zusammenzugehen, wenn es gilt, aufs neue die
Völker in den Krieg zu hegen. Auch hierfür bieten andere Mün-
chener Vorgänge genügend Anhalt.

So gibt der DHB immer neue Beweise seiner „partei politischen
Neutralität“. Die Behauptung des DHB, daß der DHB zu den
Rechtshilfswesen, zu den Putschisten gehöre und daß er die
Interessen der Angestellten im höchsten seiner national-
istischen Gesinnung verrät, bestätigt sich täglich aufs neue. Jeder
denkende Angestellte muß diesem Verband den Rücken kehren und
Mitglied einer Organisation werden, die mit allen zu Gebote
stehenden Mitteln für das Wohl ihrer Mitglieder sorgt. Eine
Gewähr dafür bietet nur der den freien Gewerkschaften angeschlos-
sene Zentralverband der Angestellten.

Arbeitervertreter

In Nr. 39 des „Korrespondent“, Organ des Buchdrucker-Ver-
bandes, weist ein Einsender darauf hin, daß zur gleichen Zeit, in der
der ungünstige Schiedspruch für das Buchdrucker-
gewerbe gefällt wurde, der Berliner Schlichtungsausschuss einen
Spruch fällte, der die Löhne der Arbeiter von 265 M. auf 325 M.
pro Woche erhöhte. Dieser Vorgang wird durch eine längere
Redaktionsnotiz zu erklären gesucht. Dabei erfährt man die Inter-
essante Tatsache, daß die dem Schlichtungsausschuss des Reichs-
arbeitsministeriums angehörenden „Arbeitervertreter“ in der Be-
urteilung der Löhnerungsverhältnisse seit November mit den Ar-
beitgebern einer Meinung waren. Diese Abweichung ist zwar etwas
dunkel gehalten, man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme,
daß sie die Auffassung mit vertreten hätten, die Löhner hätte
sich seit dieser Zeit nicht weiter verschärfen. Es wäre interessant,
zu erfahren, von welcher Organisation diese Sorte „Arbeiterver-
treter“ entlehnt wurden.

Verbindlicherklärung des Tarifvertrages für den Berliner Buch-
handel vom 15. Oktober 1920. Vom Angestelltenverband des
Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes, Berlin W. 35, Köh-
lenstraße 102/4, wird uns geschrieben: Der Reichsarbeitsminister hat,
nachdem bereits der Tarifvertrag für den Berliner Buch-
handel vom 21. Mai 1920 für allgemein verbindlich
erklärt wurde, auch den am 15. Oktober 1920 durch Schieds-
pruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin getätigten Nach-
trag zu diesem Vertrage für allgemein verbindlich erklärt. Alle
Arbeitgeber, die nicht dem Arbeitgeberverband der Deut-
schen Buchhändler angehören, sind nunmehr verpflichtet,
die tarifmäßigen Gehälter zu zahlen und es wäre notwendig, daß
sich diejenigen Angestellten, die bisher eine tarifliche Entlohnung
noch nicht erfahren haben, sich umgehend mit ihrer Orga-
nisation in Verbindung setzen, um so auch endlich
zu ihrem Recht zu gelangen.

Aus den Organisationen

Freitag, 8. April

14. und 15. April. Die Arbeitshilfe tagt heute abend 7 1/2 Uhr in der Schw.
Bachmer Str. 4, 1. Stad. Zimmer 104.
Schiedsber. 14. Die Verhandlungen werden abends 8 Uhr in
der Aula der 5. Gemeindefabrik einberufen. Versammlung von Seiten der Bagen-
führer „Gegen die weltliche Schieds“ zu befragen.

Sonntag, 9. April

H. E. P. Behrer, Kogn. 5 Uhr Freilichttagung „Freiheit“ in Köpenick.
Schiedsber. 14. Abends 7 Uhr im Hofhaus Unterhaltungabend. Das
Ergebnis aller Genossen berichtet die Volkskammerkommission.

Sonntag, 10. April

Mitgliedschaften. Abends 7 Uhr in den Reichsbibliothek, Grop-
bus, Köpenick, 15. März. Die Ortsgruppen müssen verteilten sein.
Genossen, Arbeits- und Arbeitsgruppenkommission, 10 Uhr wichtige Sitzung
bei Peter, Köpenick, 12.

Vereinskalender

Sonntag, 10. April

Freiwillige Gewinnde. Abends 11 Uhr im Hofhaus, Köpenick, Vortrag des
Herrn Dr. H. Bräse: Die Stellung unserer Klasse zur Religion. Hartmann
Vogelstein aus „Die Jugendzeit“ (Meyerberg), 6488 mitteilen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kersch, Berlin, Unterbreit-
schloßstr. 10. Verantwortlich für den Verlagsbetrieb: Carl Kersch,
Berlin, Unterbreit- schloßstr. 10. Druck der Berliner Druckerei
G. u. S. H. Berlin S. 2. Berlin Str. 24.

Farben
und Lacke für den Privatbedarf
streichfertig, haltbar und schweiß-
trocknend. Kostenlose Anweisung und
Auskunft d. farbigen Personal im
Großten Farben-Geschäft des Ostens
Ernst Schöbel
Lack- und Ölfarben-Fabrik
Boxhagener Str. 109
an der Niederbarnimstraße
Tel. Alex. 4024 Geb. 1011-14

Aus erster Hand
Kor. 21. 4. an Jodermant: Feldbettel 70.-, Stahlmatr. „Dolpfer“ 20.-
Unterl. h. 90 cm brt. 122.-, übrige, Auflegen von 70.- bis 400.-
Kinder- und große Metallbetten, zu Ergänzungen.

Preiswert u. gut kaufen Sie
Herrn- u. Damen- Stoffe
Im Tuchhaus M. E. Freitag
Berlin, Moikenmarkt 14/15. Teleph.: Zentrum 3680
Hemden und Schlüpfer, die große Mode.
Anzug- und Kostümstoffe von 38.- bis 200.- M.

Verchiedenes
Hiermit nehme ich die gegen
Herrn W. K. Kersch ausgesprochenen
Beschuldigungen zurück. Frau
W. K. Kersch, Berlin, 64.

Foto-Industrie
und alle Gebrauchsartikel
preiswert. Preis: 1011 franko
Berlin 48, Friedrichstraße 14.

U+S+P
Zahntalender
mit dem
neuen Adressen-Verzeichnis
Preis 4.00 Mark
nur
2.30 Mk.
Buchhandlung
„Freiheit“
Breite Straße 8-9
und in allen Filialen

Kleine Anzeigen
Das Heberichs-Verlag
Stellungsgewalt: Heberichs-Verlag 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.- Mk.
Stellungsgewalt: Heberichs-Verlag 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.- Mk.

Verkäufe
Bestellte, Muscheln,
Kochsch. Gekochte verkauft
bis 10 Uhr, Hermannstr. 47.

Verkäufe
Central-Verkauf,
Hauptstr. 71, Ecke Kanonenstr.
Täglich Verkauf von hoch-
eleganten Kleidern, Tarnstoffen,
Smoking und Frackstoffen
von 150 M. an. Schloßstr. 10,
Königsplatz, Friedrichstr. 10,
Königsplatz.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Wagen, Koffernwagen und alle
Sorten Gefährten, Räder
wagen, Puppenwagen, Metall-
waren, 96 (Garnholz) 9741.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.

Verkäufe
Häuserverkauft,
Küche 10.-, Kuchle 70.-
Mark an, Kuchle 70.-
Küche (sowie alle anderen Ge-
genstände, Pelzmöbel, alles zu be-
sonderer herabgesetzten, (sont-
billigen Sommerpreisen) (Küche
Vandorbmänn) Verkauft
Vandorbmänn 7.